



Medienkonferenz vom 31. März 2015

Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – für Familien und Mittelstand

Erfolgreiche Abstimmung im Kanton Solothurn: Stimmberechtigte lehnen Kürzungen bei den Prämienverbilligungen ab

Barbara Wyss Flück, Sozialarbeiterin und Fraktionspräsidentin Grüne, Solothurn

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Medienschaffende, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter gegen Kürzungen der Krankenkassen-Prämienverbilligungen

Als Erstes danke ich herzlich für die Einladung und überbringe liebe Grüsse aus dem „kleinen“ Nachbarkanton Solothurn. Was Bern noch vor sich hat, haben SP, Grüne und der Gewerkschaftsbund mit einer Referendumsabstimmung am 8. März 2015 im Kanton Solothurn geschafft. Die von der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat beschlossene Sparmassnahme, Kürzung der Prämienverbilligungen, wurde vom Volk nicht mitgetragen. Die Änderung des Sozialgesetzes wurde am 8. März von 35'068 Stimmberechtigten, oder anders ausgedrückt, mit 52,93 Prozent und 9 von 10 Bezirken, abgelehnt – der Abbau konnte verhindert werden.

In gut schweizerischer Manier regelt jeder Kanton für sich die Prämienverbilligungen und der Bund überlässt die Ausgestaltung den Kantonen. Das vom Bund definierte Sozialziel, die Krankenkassenprämien sollen einen Haushalt nicht mit mehr als 8 Prozent belasten, wird entsprechend unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt.

Solothurn hat in den letzten Jahren neben der Prämienverbilligung wichtige Instrumente und Gesetzesgrundlagen geschaffen, um Familien und Einzelpersonen in bescheidenen Verhältnissen zu entlasten. Die Ergänzungsleistungen für Familien sind da sicher speziell hervorzuheben.

Doch zurück zur Prämienverbilligung. Die bürgerliche Mehrheit hat als reine Sparmassnahme, unter dem Titel „Opfersymmetrie“, eine Änderung des Sozialgesetzes beschlossen. Mit einer Kürzung um sieben Millionen Franken sollte der untere Mittelstand praktisch vollständig vom Bezug der Prämienverbilligung ausgeschlossen werden. Die Senkung der Einkommenslimite zur Bezugsberechtigung hätte speziell für Familien massive Auswirkungen bedeutet. Was im Kantonsrat mit 72 zu 24 Stimmen noch eine klare Mehrheit fand, wurde vom Volk nicht goutiert.



Wir konnten einen Abbau der Prämienverbilligung mit der Unterschriftensammlung und der anschliessenden Referendumsabstimmung verhindern – das Stimmvolk hat ein klares Statement abgegeben.

„Wir respektieren den Volkswillen, es gibt keine erneute Senkung der Prämienverbilligung“, meinte auch SP-Regierungsrat Peter Gomm als erste Reaktion auf das deutliche Resultat.

Bern/Solothurn – die Ausgangslage ist nicht eins zu eins vergleichbar. Deckungsgleich ist jedoch das Ziel: Familien und Einzelpersonen mit bescheidenem Einkommen sollen weiterhin entlastet werden und die Solidarität darf nicht aus reinen Spargründen in Frage gestellt werden.

Mit Leserbriefen, Testimonials, Kandelaber-Plakaten und einem partiellen Haushaltversand wurde im Kanton Solothurn ein richtungsweisendes Resultat erreicht. Ich bin sicher, auch das Berner Stimmvolk wird sich hinter dieses wichtige, sozial- und gesundheitspolitische Anliegen stellen.

Für Fragen stehe ich Ihnen, liebe Medienschaffende, am Schluss dieser Medienkonferenz gerne zur Verfügung, und euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich viel Durchhaltewillen – die guten und stechenden Argumente liegen klar auf unserer Seite.